

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1931

98 (28.4.1931)

Volksfreund

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Anzeigenpreise Die 10 gezeichnete Millimeterzeile kostet 12 Pfennig, Gelegenheitsanzeigen und Stellenangebote 8 Pfennig. Die Resten-Millimeterzeile 60 Pfennig o. Bei Wiederholung Rabatt nach Tarif. Bei der Nichtenthaltung des Nachdruckes, bei geschäftlicher Betreibung und bei Anzeigen außer Kraft tritt o. Gefährdung von Geschäftsleben 10 Karbonen 1. D. o. Salzig bei Anzeigen-Anzeigen 8 Uhr vormittags

Untere wöchentliche Beilagen: Heimat und Wandern / Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk / Die Musikstunde / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

Bezugspreis monatlich 2,50 Mark o. Ohne Zustellung 2,20 Mark o. Durch die Post 2,60 Mark o. Einzelverkauf 10 Pfennig o. Geschiedt 6mal wöchentlich vormittags 11 Uhr o. Postfachkonto 2850 Karlsruhe o. Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsruhe L. 2, Wallstraße 28 o. Fernruf 7020 und 7021 o. Postfachkonto-Nummern: Durlach, Hauptstraße 9, D.-Baden, Jagdhausstraße 17; Rastatt, Rastattstraße 2; Offenburg, Republikstraße 8

Nummer 98

Karlsruhe, Dienstag, den 28. April 1931

51. Jahrgang

Und der Brotpreis? Wann erfüllt die Regierung ihre Pflicht?

Im Laufe dieser Woche muß sich die Reichsregierung entscheiden, ob sie die gesetzlichen Verpflichtungen erfüllt und in eifriger Ausübung des letzten Ermächtigungsgesetzes eine Senkung der Brotpreise durchführt. In letzter Minute warnen wir die Reichsregierung, sich den Forderungen der agrarischen Katastrophenpolitiker zu beugen, und in völliger Verkennung der Sachlage eine weitere Steigerung der Getreide- und damit der Brotpreise zuzulassen.

Die Lage ist außerordentlich ernst. Wird das Kabinett nicht einschneidende Maßnahmen treffen, die eine tatsächliche Senkung der Preise für das wichtigste Nahrungsmittel gewährleisten, dann sind die Folgen dieses Verhaltens nicht abzusehen. Eine Reichsregierung, die sich für den Aufbau eingeseht hat, und zwar unter der ausdrücklichen Zustimmung, daß die Senkung der Löhne nur eine Senkung der Nominallöhne sein soll, also die Preise stärker oder zum mindesten ebenso stark gesenkt werden sollen wie die Löhne und die jetzt keinen Finger rührt, um eine Steigerung der Brotpreise zu verhindern, muß sich auf den schärfsten Kampf mit der Arbeiterschaft gefaßt machen. Die Frage, ob die Brotpreise jetzt gesenkt werden, oder ob die übertriebene Verknappung der Getreidevorräte zu einer weiteren Steigerung der Preise für das Brot führt, ist für die künftige politische Stellung der Sozialdemokratie von ausschlaggebender Bedeutung.

Die Absichten des Reichsernährungsministers Schiele, den Brotpreis in Berlin durch Einführung eines minderewertigeren Kommissbrottes künstlich niedrig erscheinen zu lassen, sind, abgesehen davon, daß sie keinen Erfolg haben werden, nicht ernst zu nehmen. Es handelt sich nicht nur um eine Senkung des Berliner Preises, sondern um den Brotpreis in Deutschland. In Westdeutschland, Thüringen, im Rheinland usw. ist nicht wie in Berlin und Ostdeutschland ein Roggenbrot, das nur 5 bis 10 Prozent Weizenmehl enthält, das meißelgekauft Brot, sondern in diesen Gegenden wird hauptsächlich ein Brot konsumiert, das zum großen Teil aus Weizenmehl besteht. Die Propagierung des Kommissbrottes würde also dort auf entsetzlichen Widerstand der Verbraucherseite stoßen. Die Einwendungen, daß gerade in Westdeutschland das rheinische oder westfälische Schwarzbrot viel konsumiert wird, entspricht absolut nicht den Tatsachen. 70 Prozent des in Westdeutschland hergestellten Brotes sind Weizen-Roggen-Mischbrot und nur 30 Prozent wird ein Roggenbrot gebacken. Soweit im Westen ein Bedarf an Roggenbrot besteht, wird es also jetzt schon hergestellt. Jede zwangsmäßige weitere Ausdehnung des Konsums an Roggenbrot, nur um den Brotpreis in der Statistik niedriger erscheinen zu lassen, bedeutet einen Eingriff in die Freiheit des Konsumenten und würde vielerorts auf scharfe Ablehnung in der Arbeiterschaft stoßen und herbeigeführte Empörung bei allen Konsumenten hervorrufen.

In den meisten deutschen Großstädten liegen die jetzigen Brotpreise über dem Durchschnitt der Brotpreise im letzten halben Jahr. Die Regierung ist durch Gesetz verpflichtet, einer Erhöhung des Brotpreises über diesen Durchschnittspreis vorzubeugen. Dieser gesetzlichen Verpflichtung ist das Kabinett Brüning bis jetzt nicht nachgekommen. Es muß aber jetzt unbedingt die Konsequenzen ziehen und sofort für eine Verbilligung des Brotpreises sorgen, damit die Brotpreise auf ihre bisherige Höhe gesenkt werden können.

Jugespitzer Follkonflikt

Küdtreitsgerüchte

Innerhalb der Reichsregierung wurden in den letzten Tagen wiederholt Besprechungen über neue von dem Reichsernährungsminister Schiele verlangte Zollerhöhungen geführt. Die Differenzen sind nach wie vor außerordentlich groß. Sie konnten bisher nicht beigelegt werden.

Wie im März, so ist auch diesmal eine Verständigung zwischen den verschiedenen Auffassungen der einzelnen Reichsminister außerordentlich schwierig. Dem Reichsernährungsminister stehen alle diejenigen Reichsminister gegenüber, die von den Zollerhöhungen eine sehr gefährliche Zuspitzung der Beziehungen Deutschlands zu den Oststaaten und Holland befürchten, die einen sehr beträchtlichen Teil der deutschen Ausfuhr aufnehmen. Bei dem Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald, der als der schärfste Gegner der Pläne Schiele angesehen werden darf, spielt neben den gekennzeichneten Gesichtspunkten auch die Verteuerung der Lebenshaltung, die mit der Zollerhöhungspläne verbunden ist, und die nicht nur seine Lohnabbaufunktion nachträglich verurteilt, sondern auch schwere innerpolitische Spannungen hervorrufen würde, eine entscheidende Rolle. Wenn nun aber in der Presse behauptet wird, daß Stegerwald in der Kabinettsitzung am Samstag mit seinem Küdtreitsgerücht habe und jetzt als Antwort darauf der Küdtreits Schiele in der agrarischen Presse als nahe bevorstehend bezeichnet wird, so muß man die Gerüchte mindestens zunächst als verfrüht ansehen. Es ist nicht anzunehmen, daß Stegerwald seinen Küdtreits vollzieht, ohne daß der Küdtreits von Brüning und damit der des gesamten Kabinetts herbeigeführt würde. Das ist aber umso weniger wahrschein-

lich als der Standpunkt von Stegerwald in früheren Stadien von Brüning in weitgehendem Maße geteilt wurde.

Da vermutlich die Gegenstände, die schon im März zu einer Vertagung der Zollerhöhungspläne geführt haben, sich auch jetzt nicht überbrücken lassen, so dürfte eine nochmalige Vertagung, wenigstens bis nach den Genfer Verhandlungen als von der Realerung zu betrachtender Ausweg zu betrachten sein.

Eine solche Vertagung ist aber nicht möglich bei den Forderungen nach Ermäßigung der Zölle, insbesondere auf Weizen, Roggen und Gerste. Hier handelt es sich um eine Frage, deren sofortige Erledigung unbedingt erforderlich ist. Bei Aufrechterhaltung der bisherigen Zollsätze für Getreide wird den bisherigen Erhöhungen der Brotpreise in einigen Orten Deutschlands bald eine allgemeine Erhöhung in ganz Deutschland folgen. Die Regierung ist aber durch das letzte Zollermächtigungsgesetz verpflichtet, alles zu tun, um einer Brotpreissteigerung über den bisherigen Stand hinaus vorzubeugen. Diese Verpflichtung muß erfüllt werden. Sie läßt keine Vertagung der Zollermäßigungen auf Getreide zu.

Am Mittwoch wird die von der Sozialdemokratie auf deren Initiative angelegte Besprechung zwischen den Führern der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und dem Reichskanzler Dr. Brüning stattfinden. Die sozialdemokratischen Führer werden die Reichsregierung nachdrücklich auf den unangebrachten Ernst der Lage aufmerksam machen und das bereits mehrfach ausgedrückte Verlangen nach Zollermäßigungen bei Getreide zum Ausdruck bringen, damit nicht nur weitere Erhöhungen des Brotpreises vermieden, sondern die bisherigen Brotpreissteigerungen auch rückgängig gemacht werden.

Das Gutachten über Danziger Hafenfrage

Ein Erfolg Danzigs

Genf, 27. April. Das Gutachten des Juristenkomitees des Völkerbundes über die polnische Seehafenpolitik in Danzig und Gdingen, dessen Veröffentlichung bereits mitgeteilt wurde, gliedert sich in einen Mehrheitsbericht und einen Minderheitsbericht. Der Mehrheits- und Minderheitsbericht erklären, daß der Entschluß des früheren Danziger Oberkommissars General Hallina vom 15. August 1921, auf den sich die Danziger Behörde stützt und in dem gelaßt ist, daß Polen verpflichtet ist, selbst im Falle des Ausbaues eines anderen Hafens das Danziger Hafen voll auszubauen, für Polen eine rechtsverbindliche Verpflichtung darstellt. Die Mehrheit erklärt, daß diese Verpflichtung sich nicht nur auf die Eisenbahn, sondern auch auf die gesamte Hafenanlage erstreckt und auch keine besonderen Ausführungsabkommen zwischen Danzig und Polen notwendig macht. Die Mehrheit vertritt auch die Auffassung, daß diese rechtlich bindende Verpflichtung sofort durchzuführen und anzuwenden sei.

Verbrecherische Sozialreaktion

Sollen die Sozialrentner verhungern?

Die Sozialreaktion rüft zum Sturm auf die Sozialrentner. Ihre Presse spricht bereits davon, daß in Kürze zur „Rettung“ der sozialen Versicherungsanstalten ein Tausend Notverordnungen herauskommen, und sie rechnet damit, daß der Widerstand der Gewerkschaften in der Sozialdemokratie gegen einen allgemeinen Sozialabbau zu einer kritischen Zuspitzung der politischen Lage führt. 30 Prozent Rentenlöhne — das ist die Parole der Leute, die allem Anschein nach nicht schlafen können, weil die Welle des Radikalismus in Deutschland in der jüngsten Zeit höchlich an Wucht eingebüßt hat. 30 Prozent Rentenlöhne! Jugendmelde Sorgen über die Folgen einer solchen Kürzung machen sich die Herrschaften nicht. Dabei gehört gar nicht viel Phantasie dazu, sich auszumalen, was bei einem solchen Rentenabbau passieren muß. Ein sehr beachtlicher Teil der Sozialrentner bezieht heute noch Fürsorgeunterstützung, weil er keinerlei sonstige Einnahmen oder Hilfe aus Arbeitsverdienst oder Familienunterstützung und dergleichen hat. Was soll mit diesen Leuten geschehen, wenn ihre Renten um 30 Prozent gekürzt werden? Sie sind, wenn sie nicht verhungern wollen, gezwungen, die Wohlfahrt der Gemeinden um Hilfe anzugehen. Die Gemeinden aber stehen bereits im Defizit. Auch verlangt man von den Gemeinden, daß sie, wenn irgend möglich, etwas zur Belebung des Arbeitsmarktes, vor allem des Baumarktes, tun sollen. Mit einem sinn- und hemmungslosen Sozialabbau kann also nur schändlich „geparnt“ werden, in Wirklichkeit werden nur an anderen Stellen neue Defizitlöcher aufgerissen.

Ein allgemeiner sozialer Rentenabbau ist ein Verbrechen. Wir haben bestimmt nichts gegen das Sparen, und es wird auch gewiß manche Rente und Unterstützung bezahlt, die nicht unbedingt notwendig wäre. Allein dort, wo die Rente tatsächlich der letzte Stützpunkt einer Existenz darstellt, muß man durch einen Abbau um fast ein Drittel der Bezüge die Menschen zur Verzweiflung treiben. In einer Zeit, wo der Brotpreis steigt, wo der

Nationalsozialistisches Allerlei

Nationalsozialistische Führertagung in München

Wie Tempo erfährt, hat die bei Adolf Hitler in München abgehaltene nationalsozialistische Führertagung Gregor Strahler, der wieder hergestellt ist, zum norddeutschen Leiter sämtlicher Gauereubens ernannt. Außerdem wurde beschlossen, Dr. Goebbels in seiner Funktion als Berliner Gauleiter und Reichspropagandaleiter zu belassen.

Hierzu erfährt aus zuverlässiger Quelle die Volkische Zeitung noch, daß Hitler die Absicht habe, Goebbels seiner Ämter zu entheben und an seine Stelle den Reichstagsabgeordneten Hinkel zu setzen, der nach dem Stimmenspruch als Vertrauensmann Hitlers Berlagsdirektor des Anariff geworden sei. Hitler wird außerdem seinen Freund Gregor Strahler zum Leiter aller preußischen Gauere der Nationalsozialisten ernennen.

Redeverbot für Goebbels in Berlin aufgehoben

BRB. Berlin, 27. April. Wie der Anariff berichtet, ist auf Grund neuer Verhandlungen, die seitens eines Reichstagsabgeordneten und eines Rechtsanwaltes der NSDAP, mit dem Polizeipräsidenten geschlossen wurden, das gegen Goebbels bestehende polizeiliche Redeverbot, nachdem Goebbels folgende Erklärung unterschrieben hat, aufgehoben worden:

„Namens und für den Gau Berlin der NSDAP, verpflichte ich mich, dafür Sorge zu tragen, daß in Versammlungen der Partei, in denen ich als Redner aufträte, die mit der Ueberwachung beauftragten Beamten der Ortspolizeibehörde nicht gröblich beschimpft, lächerlich gemacht oder sonst angegriffen werden.“

Dr. Goebbels in München festgenommen

BRB. München, 27. April. Der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Dr. Goebbels ist am Montagabend, als er in einem Münchener Hotel sein Abendbrot einnehmen wollte, von der Polizei festgenommen und in polizeilicher Begleitung sofort nach Berlin gebracht worden, um zu seinem Termin zwangsmäßig vorgeführt zu werden.

Wie es heißt, war Goebbels im Besitze einer Schlafwagenkarte nach Berlin für Montagabend, so daß ihn die Polizeibeamten sofort nach Berlin brachten.

Stennes-Opposition hält durch

Berlin, 27. April. (Funkdienst.) Wie ein Berliner Montagsblatt meldet, ist es dem aus der Berliner SA, von Hitler herausgeworfenen Hauptmann a. D. Stennes gelungen, die anfänglichen Geldschwierigkeiten zu überwinden und Mittel zu erlangen, die ihm die Möglichkeit geben, seine SA-Leute zunächst auf mindestens drei Monate zu unterhalten und auch sein bisher wöchentlich erscheinendes Organ zu einer Tageszeitung auszubauen. Woher das Geld stammt, wird in der betreffenden Meldung nicht gesagt.

Zugzusammenstoß auf der Pariser Untergrundbahn

Paris, 27. April. Heute abend gegen 20 Uhr ist ein Untergrundbahnzug in Paris auf einen in der Station Bastille haltenden anderen Zug aufzufahren. Es sollen etwa 80 Reisende verletzt worden sein, wovon sieben ins Krankenhaus überführt werden mußten. Todesopfer sind nicht zu beklagen.

Lohn- und Gehaltsabbau immer noch nicht zum Stillstand gekommen ist und wo damit in unzähligen Fällen die Unterstützungsmöglichkeit für die alten und kranken Leute immer geringer wird, ist ein sehr gefährliches Unterfangen. Wir warnen!

Gewerkschaftsvorstoß bei Stegerwald

Die Sozialversicherung muß gehalten werden

BRB. Berlin, 27. April. Heute trugen die drei Spitzenverbände der Gewerkschaften dem Reichsarbeitsminister ihre Sorgen um die Arbeiterversicherung vor. Sie führten aus, daß die Arbeiter stark beunruhigt seien wegen der ständigen Angriffe auf die Sozialversicherung, wo doch allgemein bekannt sein müsse, daß die Renten meist nicht zum Lebensnotwendigsten reichen und die Sozialrentner im Hinblick auf die allgemeine Verarmung auch von ihren Verwandten nicht mehr die Zuwendungen von ehemals erhielten. Die organisierten Arbeiter seien sich des Ernstes der politischen und wirtschaftlichen Lage bewußt; sie könnten aber nicht ruhig zusehen, daß ihre Sorgen im Verhältnis zur Lage anderer Bevölkerungsschichten als weniger wichtig angesehen und behandelt würden. Auch der Arbeitsminister möge den ungerechtfertigten Angriffen entgegenreten.

Dr. Stegerwald ging auf die vorgetragenen Sorgen und Wünsche in ausführlicher Rede ein. Er liege sich durch eine überspitzte Kritik nicht auf eine unsoziale Linie abdrängen.

Die Knappschaftsversicherung werde zunächst für ein Jahr Hilfe finden. Ueber die Invalidenversicherung lägen bestimmte Pläne noch nicht vor. Was die Arbeitslosenversicherung betrafte, so könne er dem Gutachten der Kommission nicht dorgreifen. Er gebe den Arbeitern die Versicherung, daß er in der Sozialversicherung, im Tarif- und Schlichtungswesen das zu halten suche, was bei der heutigen Finanz- und Wirtschaftsnote überhaupt gehalten werden könne.

Eine Kraftprobe in Oldenburg

Oldenburg, 26. April. (Eig. Bericht.) Ein Zufall will es, daß der zwischen Hannover und der Nordsee gelegene nur gut eine halbe Million Einwohner zählende Freistaat Oldenburg zu einem politischen Beobachtungsstaat sensationellen Charakters geworden ist. In diesem sechsundzwanzig Quadratkilometer großen Landchen finden am 17. Mai Neuwahlen zum Landtag statt. Ein Vorgang, der in ruhigeren Zeiten keineswegs das Ohr der deutschen Öffentlichkeit in besonderem Maße hätte, der aber diesmal die ungeteilte Aufmerksamkeit aller deutschen Politiker finden wird.

Grund: Seit Wochen und Monaten schreien es unsere Nazis in allen Tonarten in alle Winde, daß nächst Thüringen und Braunschweig Oldenburg die Jelle werden soll, von wo aus das übrige Deutschland berannt werden soll. Die bislang erfolgreichsten politischen Kämpfer des wirtschaftlichen Niederganges glauben, daß die trostlose Gegenwart noch immer für sie arbeitet. Darüber hinaus spekulieren sie auf den überwiegend agrarischen Charakter des Landes; aus den bäuerlichen Schichten erhoffen sie in erster Linie ihren Zulauf.

Nun hat es mit der Bewirtlichung dieser Wünsche fraglos noch gute Weile. So alarmierend auch der Ausgang der letzten Reichstagswahlen und der im November stattgefundenen Gemeindevahlen wirkte: mit einer nationalsozialistischen Mehrheit ist auch im neuen oldenburgischen Landtage nicht zu rechnen. Dagegen besteht eine gewisse Gefahr insofern, als zu den Nazis Vertreter der übrigen extremen Rechtsparteien stoßen können und die Kommunisten den Dingen entl. mit verdrängten Armen zuleben. Dieser Konstellation sind sich alle Parteien bewußt. Man weiß, daß es um ein großes Kräftemessen von weitestgehender Bedeutung, daß es um das Erkennen des allgemeinen politischen Stimmungsbarmeters geht. Aus diesem Grunde versuchen die einzelnen Parteien auch mehr als sonst üblich, in dem kleinen Lande mit großen „Kanonnen“ zu arbeiten. Die gegenwärtige reichstagsfreie Zeit ermöglicht das.

Charakteristisch für die politische Vermengungslosigkeit, wie diese sich auch in Oldenburg kundtut, sind einige Vorgänge der letzten Zeit. So haben die Nazis ganz offiziell angekündigt, daß sie den Wahlkampf „mit aller Brutalität führen wollen, um von hier aus dem roten Preußen den Kampf anzuliegen“. Die Presse der „roten und schwarzen Sallanten“ würde nach dem 17. Mai verboten usw. Angesichts solcher kommenden Dinge haben es bereits einige bürgerliche Abgeordnete mit der Angst zu tun bekommen. So ein Abgeordneter der Deutschen Volkspartei und der vom Zentrum abgetrennten Landvolkleute sind schon in diesen Wochen offiziell zu der Dreimännerfraktion der Nazis übergewechselt. Nicht minder prekuriös hat sich der einige kommunistische Abgeordnete des gegenwärtigen Landtages eingestellt. Er sucht bei den ländlichen Wählern die Nazis noch zu übertrumpfen. Er ist für weitestgehende Steuerfreiheit der Bauern. Sogar landwirtschaftliche Beständen bis über hundert Morgen Umfang müßten nach seinen Erklärungen von der Grund-, Gebäude- und der Hausinsinksteuer freibleiben!

Den Weg einer solchen Demagogie kann die Sozialdemokratie nicht geben. Sie muß hier schon an die Vernunft der breiten Wählermassen appellieren. Zumal es in Oldenburg heute schon so ist, daß weite Kreise der Landwirtschaft keine Einkommensteuer bezahlen und viele Steuerpflichtigen auf dem Lande nicht ausgedrückt werden, während die größeren Städte unter der Aufbringung der hohen Soziallasten stöhnen und nicht aus noch ein wissen. Die gegenwärtige, aus der Beamtenhierarchie herausragende Landesregierung brüsst sich damit, daß die auf den Besitz entfallenden Steuern im Verhältnis zu anderen Ländern niedrig sind. Dafür werden andererseits freilich die kulturellen und sozialen Dinge im Lande arg vernachlässigt. Die bestehenden Kreise Oldenburgs haben also ein Interesse daran, daß sowohl die derzeitige Beamtenregierung am Ruder bleibt, die im allgemeinen ihre Interessen zu wahren versteht, wie auch, daß die Selbstständigkeit des kleinen Landes möglichst lange erhalten bleibt. Denn sowohl die Gewerbesteuer als die Hausinsinksteuer sind in Preußen wie auch im Durchschnitt der deutschen Länder entschieden höher als in Oldenburg.

Zu den oben erwähnten Auswüchsen des Wahlkampfes wäre noch zu bemerken, daß auch das Zentrum anscheinend meint, nicht ganz ohne eine gewisse Demagogie auskommen zu können. Sein Organ, die Oldenburgische Volkszeitung, forderte nämlich in diesen Tagen die Wähler auf zum „Zusammenleben unter dem Kreuze Christi gegen die Zerleuten des Linksradikalismus und des Rechtsradikalismus“...

Die Sozialdemokratische Partei ist trotz allem guter Hoffnung. Sie hat im bisherigen Landtag ihre Pflicht im Interesse der breiten Massen der Bevölkerung redlich getan. Sie hat herausgeholt, was herauszuholen war. Sie hat rechtzeitig ihre Kandidaten nominiert, sie ist auch rechtzeitig in den Wahlkampf eingetreten. Und wie auch immer die Dinge auslaufen mögen, soviel ist gewiß: auch nach dem 17. Mai wird ihre Vertretung im oldenburgischen Landtage einen imponierenden Faktor darstellen, mit dem alle Parteien rechnen müssen.

Gestümpfter Verleumder

Naziblatt wegen übler Nachrede gegen Otto Wels verurteilt

Vom Amtsgericht Berlin-Mitte wurde der Redakteur Piclun von der nationalsozialistischen Westfalenwacht in Bochum wegen übler Nachrede zu 500 Mark Geldstrafe verurteilt. Der nicht anwesende Angeklagte hatte vor geraumer Zeit in seinem Blättchen behauptet, daß der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei, Otto Wels, in seiner früheren Eigenschaft als Kassierer der Tapezierer-Gewerkschaft Arbeitergelber unterschlagen habe und nur mit Mühe und Not ein großer Skandal hätte vermieden werden können. Die Gerichtsverhandlung ergab die vollkommenste Sinn- und Haltlosigkeit dieser Behauptung. Der nationalsozialistische Rechtsanwalt Beder, der den Angeklagten verteidigte, wollte einen Vergleichsvorschlag zur Durchführung bringen, sich jedoch hierfür die Einwilligung seines Mandanten vorbehalten. Rechtsanwalt Otto Landsberg, der Rechtsbeistand des Klägers, bestand jedoch auf ein Urteil.

Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu 500 M Geldstrafe. Die Verhandlung habe ergeben, so sagt die Urteilsbegründung, daß für die Behauptung absolut keine Grundlage vorhanden sei. Die ausgesprochene Beleidigung sei sehr schwer gewesen, der Redakteur hätte die Pflicht gehabt, sie auf ihre Richtigkeit nachzuprüfen.

Dem Kläger wurde die Befugnis zuerkannt, das Urteil auf Kosten des Angeklagten in der Westfalenwacht, dem Volkslichen Beobachter und dem Vorwärts zu veröffentlichen.

Warschau, 27. April. Der hiesige politische Berichterstatter des Kraufener Illustrierten Kuriers erklärt von zuständiger Stelle, daß die Nachricht von einer Forderung der polnischen Regierung, polnische Posten auf dem Gebiet der Provinz Stadt Danzig zuzulassen, unzutreffend ist.

Englands Budget

Snowden balanciert den Etat trotz Wirtschaftskrise

London, 27. April. (Eig. Draht.) Der Budgettag ist einer der größten Kalendertage im politisch-parlamentarischen Leben Englands. Als Abschluß des ersten Krisenjahres in der englischen Geschichte wurde deshalb die am Montag zu haltende Rede des Finanzministers Snowden seit Wochen mit ganz besonderer Spannung erwartet. Sie wurde noch erhöht durch den Zweifel, ob es dem vor zwei Monaten schwer erkrankten Snowden möglich sei, seinen Etat verständig einzuführen.

Große Menschenmengen erwarteten den Finanzminister vor dem Parlamentsgebäude. Das Haus selbst war bis auf den letzten Platz von erregten Abgeordneten und Zuschauern überfüllt. Von seiner Frau und zwei Kindern begleitet, kam Snowden unbemerkt ins Haus. Stürme aller Parteien begrüßten ihn, als er auf zwei Stufen des Stummensaal trat.

Um seine Rede abzurufen, hatte der Schatzkanzler bereits zwei Stunden vorher den Abgeordneten einen gedruckten Bericht über die Einnahmen und Ausgaben des Vorjahres überreichen lassen. Daraus ist zu entnehmen, daß die Ausgaben im Jahre 1930/31 die Summe von 799 Millionen Pfund Sterling erreicht haben gegen über 749 Millionen Pfund Sterling im Vorjahre und 197 Millionen Pfund Sterling im Jahre 1918/19. Infolge der Wirtschaftskrise sind diesmal die Einnahmen erheblich unter dem Voranschlag zurückgeblieben. Die Arbeitslosenfürsorge hat die hierfür eingelegte Summe um 10,5 Millionen Pfund Sterling überschritten. Insgesamt hat im vergangenen Jahr die Arbeitslosenfürsorge den Staat 32 Millionen Pfund Sterling gekostet. An dem wirtschaftlichen Bericht Snowdens ist besonders bemerkenswert, daß als Ergebnis der Erbschaftsteuer 82 610 000 Pfund Sterling eingenommen sind.

Die Schulden von Staatsanleihen konnten zwar um rund 55% Millionen Pfund vermindert werden, haben jedoch noch immer die phantastische Höhe von 7 413 278 000 Pfund Sterling. Von den deutschen Reparationszahlungen hat England im vergangenen Jahre 9 Millionen Pfund erhalten.

Die erwarteten Senkungen für den neuen Etat sind in der Rede des „eiserne Schatzkanzlers“ ausgeblieben. Trotz größter Sparmaßnahmen balancieren die Einnahmen und Ausgaben für das Jahr 1931/32 in der Summe von 803 866 000 Pfund Sterling. Für den Arbeitslosenfonds sind dieses Mal 40 Millionen eingesetzt. Für 37½ Millionen Pfund Sterling ist im neuen Etat keine Einnahme zu finden. Snowden deckt sie durch Verdoppelung der Motorsteuer auf 30 Schilling und eine Erhöhung der Benzolsteuer von 4 auf 6 Pns, eine Maßnahme, die der Schatzkanzler sofort in Kraft treten läßt.

Der große Rest des Defizits soll durch Erhöhung der Steuer auf den Großgrundbesitz beseitigt werden. Die Art dieser Zulaststeuer überläßt Snowden der Finanzkommission. Eine Erhöhung der Einkommensteuer lehnt der Finanzminister ab, da sie nur ein Anreiz sei zu einer Herabsetzung der Löhne. Mit Ausnahme der von den Arbeitgebern und Angestellten zu erhebenden Einkommensteuer muß diese im kommenden Jahr zu Zweidrittel bereits am 1. Januar entrichtet werden; das letzte Drittel ist am 1. Juli fällig. In dem Etat ist keine Zollerhöhung und keine Erhöhung der Lebenshaltungskosten enthalten.

Vandervelde in Madrid

Madrid, 27. April. Der belgische Sozialistenführer Vandervelde, der zur Zeit in Madrid weilt, erklärte am Montag Pressevertretern gegenüber, daß er nach Madrid gekommen sei, um an der Tagung des Zentralausschusses der Gewerkschaftsinternationale teilzunehmen, in deren Verlauf er eine Rede halten werde. Obgleich seine Reise schon lange vor dem Umsturz in Spanien beschlossene worden sei, müßte er seiner Freude über das glückliche Zusammenreffen dieses Ereignisses mit der Tagung der Gewerkschaftsinternationale Ausdruck geben. Er habe bereits Unterredungen mit den sozialistischen Kabinettsmitgliedern Prieto, Calles und De los Rios, gehabt. Sein Aufenthalt in Madrid werde nicht von langer Dauer sein, da er in Zürich an der Tagung des Exekutivkomitees der Arbeiterinternationale teilnehmen werde. Er werde über Barcelona zurückkehren, um auch den dortigen Sozialisten einen Besuch zu machen.

Faschismus und katholische Aktion

Rom, 27. April. Die Rede, die der Generalsekretär der Faschistischen Partei, Musiriati, am Sonntag vor acht Tagen in Mailand vor den faschistischen Jugendverbänden hielt, und in der er auch zur katholischen Jugendorganisation Stellung nahm, hat den Papst zu einem Schreiben an den Erzbischof von Mailand, Kardinal Schuster, veranlaßt. Der Papst unterstreicht die besondere und einheitliche Zuständigkeit und Autorität der Kirche in den Fragen der Jugend-erziehung. Das faschistische Regime habe nicht nur die Pflicht, dieses der Kirche von Gott übertragene Amt zu achten, sondern auch dessen Ausübung zu begünstigen. Das päpstliche Schreiben erklärt, daß der faschistische Anspruch auf „eine Totalität des Regimes und des Staates, die auch das überirdliche Leben umfassen sollte, ein offenkundiges Mißverständnis sei, und es eine regelrechte Ungehorsamkeit wäre, wenn er in die Praxis umgesetzt werden sollte.“

Bombenanschlag in Sofia

Sofia, 27. April. (Eig. Draht.) In der Nacht zum Sonntag explodierte im Haus der kommunistischen Gewerkschaften eine

Bombe, so daß der Eingang und die Vorderfront des Gebäudes schwer beschädigt wurden. Menschenleben sind nicht zu beklagen, da die Wohnungen an der Hinterfront liegen. Es wird angenommen, daß der Anschlag von Faschisten ausgeführt wurde.

Von der KPD zur Sozialdemokratie

Ein Uebertritt und seine Begründung

Dejau, 27. April. (Eig. Draht.) Das Mitglied der Dessauer Parteiführung der Kommunisten, Sinnesburg, ist zur Sozialdemokratie übergetreten. Seine Gründe gibt Sinnesburg in einem längeren „offenen Brief“ bekannt, in dem es u. a. heißt, daß die Kommunisten die Gewerkschaften zerstückeln und auf diese Weise jede Möglichkeit einer einheitlichen Arbeiterbewegung vernichten wollen. Aus dem Briefe geht ferner hervor, daß im Bezirk Groß-Dessau, in dem die freien Gewerkschaften über rund 12 000 Mitglieder verfügen, die KPD nicht mehr als 80 Personen umfaßt. Die KPD sei in Dessau, wo die Sozialdemokratie 5500 Mitglieder zählt, einschließlich der Mitglieder aller Hilfsorganisationen 600 Mann stark. Die bei den örtlichen Revoluten der KPD, ausgeführten SA-Exzesse seien sämtliche in der kommunistischen Partei gefassten. Dort hätten sich jetzt ferner diejenigen einstelligen gegeben, die sich bisher nachts auf der Straße verweigert hätten.

Die Krisis im Recht

Angesichts der vielerorts bemerkbaren Neigung zur Herausarbeitung einer autoritären Demokratie gewinnt eine Broschüre von Dr. Karl Dres über „Die Krisis im Recht“ Interesse, in der — mit einer gewissen Begriffsverwirrung — versucht wird, gegenüber dem angeblich heute herrschenden müßterlichen Recht die Notwendigkeit eines wahren Rechts zu unterstreichen. Statt der wünschenswerten Betonung der sozialhumanitären Ideen wird in dieser Schrift (wie es bereits in einem Vortrag geschah, aus dem die Schrift hervorging) dem Gedanken einer Verschärfung des Strafrechts das Wort geredet, so daß das materialistische Bewußtsein nicht an den Problemlösungen neuerer Haltung vorbeigehet, die heute die Debatte über die notwendige Fortentwicklung füllen. Zweifellos gibt es eine Krisis im Recht; um sie zu beheben, müssen jedoch andere Wege beangangen werden, als sie der Verfasser einschlägt.

Aus aller Welt

Ueberflutung im Dina-Gebiet

Riga, 27. April. Die Ueberflutung im Dina-Gebiet hat geradezu katastrophale Formen angenommen. Oberhalb Dünaburg hat der Wasserstand der Dina mit 98 Meter über normal sein höchstes Niveau seit einem halben Jahrhundert erreicht. Im Städtchen Krastawa reicht das Wasser bei vielen Häusern bis an die Dächer. Das Elektrizitätswerk ist stillgesetzt worden. 1550 Personen sind obdachlos.

Schwere Missetat im Kreise Angerburg

Angerburg, 28. April. In dem Dorf Groß-Strengeln, Kreis Angerburg, erschloß der Besitzer Schulza nach heftigen Auseinandersetzungen die Ehefrau des Hofbesizers Wiest und verlor sie ihren Gemann lebensgefährlich. Dann begab sich Schulza vom Hofe des Wiest auf das Feld und erschloß dort den Bruder des Wiest. Der Mörder erachtete darauf mit seinem Fahrrad die Flucht in Richtung Angerburg. Durch die Schüsse waren jedoch die Pferde des Besitzers Wiest schon gestorben und gingen durch, rasteten hinter dem Mörder her und rissen ihn beim Ueberbalden mit seinem Fahrrad zu Boden. Schulza wurde von den Pferden mitgeschleift und erlitt eine schwere Wunde am Hinterkopf, konnte aber später seine Fahrt fortsetzen und wollte sich im Angerburger Krankenhaus verbinden lassen. Da nun inzwischen in Angerburg die telefonische Meldung von der Missetat eingetroffen war, konnte die Polizei den Täter sofort verhaften. Schulza gab bei seiner ersten Vernehmung an, daß es wegen eines Prozesses zu einem Wortwechsel zwischen ihm und dem Besitzerehepaar gekommen sei, bei dem er dann schließl. drauflos geschossen habe.

Sechsjähriges Mädchen ermordet

Kremersbode, 28. April. Die seit gestern früh vermißte sechsjährige Tochter des Gastwirts Bud in Besebors fand man heute morgen auf dem väterlichen Grundstück mit durchschmittener Kehle.

Razzia bei Zimmerleuten

Berlin, 28. April. (Funkdienst.) Die Berliner Polizei veranfaßte am Montag abend im Saalbau Friedrichsheim, wo das sechsjährige Stützungsamt des Ringvereins „Zimmerleute“ in großer Aufmachung vor sich ging, eine Razzia. Es hatten sich bereits etwa 3000 Personen in Fraß und großer Abendstille eingefunden, als die Polizei mit 20 großen Autos und einem großen Aufgebot an Kriminalbeamten vor dem Festlokal erschien und einen Festteilnehmer nach dem anderen aufforderte, sich auszuweisen. Wer das nicht konnte, mußte den Weg zum Polizeipräsidium antreten. Die Zahl derer, die auf diese Weise um ihr Vergnügen kam, war sehr hoch. Die übrigen mußten das Festlokal ebenfalls verlassen, so daß es mit der sechsjährigen Jubelfeier der Berliner Unterwelt bereits gegen 12 Uhr nachts aus war.

Jack Diamond angefloßen

New York, 27. April. Jack Diamond, der berühmteste Bandenführer, der erst am 22. April gegen Bürgschaft von 25 000 Dollars aus dem Gefängnis von Conale entlassen worden ist, wurde heute früh in einer Landeshäufigkeit bei Rairo durch Revolvergeschosse schwer verletzt. Man hat ihn nach dem Krankenhaus von Albany gebracht.

Weitere Verhaftungen wegen der Wespionage bei der J. G. Farben

Berlin, 27. April. Die vor kurzem aufgedeckte Wespionage bei den J. G. Farben zieht, den Wittern zufolge, immer weitere Verhaftungen nach sich. Ueber den bisher schon verhafteten Personen hat weitere fünf im Leunaer Werk bei Merseburg beschäftigte Arbeiter festgenommen worden, ferner ein leitender Ingenieur der Humboldt-Deuher Motoren AG. in Köln. Weiter werden im Auftrage des Oberreichsanwalts kommunistische Funktionäre in Hamburg und Essen, die ebenfalls im Dienste der Berliner Spionagezentrale standen, verhaftet. Die Gesamtzahl der bisher festgenommenen Personen beträgt über 20.

40 Hunde verbrannt

In den Delwite Kennels in Schwaburg (USA.) verbrannten bei einem Feuer 40 prämierte wertvolle Hunde.

Handgranatenentast auf eine polnische Eisenbahnstation
Warschau, 27. April. Im Stationsgebäude von Bobrowa, einem kleinen Ort im Warsauer Land, hat gestern nach ein unbekannter Terrorist eine Handgranate in den Wartesaal geworfen. Die Granate zerbrach in einem Lokomotivführer, der gerade den Raum durchquerte. Wenige Sekunden später fuhr durch das Fenster eine zweite Granate in den noch leeren Raum, die ebenfalls explodierte und bedeutenden Sachschaden anrichtete.

Englands Eisenbahnelektrifizierung

Die Kosten für eine Elektrifizierung der gesamten englischen Eisenbahnen werden von einem vom Verkehrsminister eingesetzten Ausschuss auf 261 Millionen Pfund Sterling geschätzt. Dazu kommen noch 80 Millionen Pfund, die von den Behörden, vor allem also von dem Elektrizitätsamt aufzubringen wären, ferner 45 Millionen für die Elektrifizierung des Londoner Vorortbahnsystems.

Schwierige Flottenverhandlungen

Der diplomatische Korrespondent des Arbeiterblattes Tokio Herald schreibt, daß die Flottenverhandlungen ein neues und kritischeres Stadium erreicht hätten. Am Samstag sei dem französischen Volkstag erklärt worden, daß die britische Regierung nach einer länger Erwägung die französischen Vorschläge nicht annehmen könne.

Freistaat Baden

Die nächste Vollziehung des Landtags

Die nächste Vollziehung des Badischen Landtags am Mittwoch, 29. April, nachmittags halb 4 Uhr, hat folgende Tagesordnung: 1. Beschlusse der Einträge. 2. Zweite Beratung über den Gesetzentwurf zur Veränderung des Einführungsgesetzes zu den Reichsstaatsangelegenheiten und anderer Gesetze. 3. Begründung und Beantwortung der förmlichen Anfragen der Abg. Köhler u. Gen., Ernennung des Privatdozenten Dr. Gumbel zum außerordentlichen Professor an der Universität Heidelberg. 4. Mündlicher Bericht des Ausschusses für Rechtsangelegenheiten und Verwaltung über den Antrag der Abg. K. Kraft u. Gen., Schächten von Tieren, und das Gesetz des Oberpräsidenten von Baden über die israelitischen Reisevereine. 5. Mündlicher Bericht des Ausschusses für Rechtsangelegenheiten und Verwaltung über die Angelegenheiten der israelitischen Reisevereine im gleichen Betreff, und damit in Verbindung: Begründung und Beantwortung der förmlichen Anfrage der Abg. K. Kraft u. Gen., Handel mit Vieh an der badisch-bayerischen Grenze und dadurch bedingte Gefahr der Ausbreitung der Maul- und Klauenseuche. 6. Bericht des Geschäftsführungsausschusses und Beratung über die Nachweisung über die Erhebung der vom Landtag 1929/30 angenommenen Anträge. 7. Mündlicher Bericht des Geschäftsführungsausschusses über die Lage der Privatbahnen in Baden, und damit in Verbindung: das Gesetz der Reichsregierungen, Rechtsbehelfe für den Fuhrunternehmer A. Wels in Reichenheim.

Schulstatistik für 1930/31

Soeben ist die 10. Statistische Sondernummer des Amtsblattes des badischen Ministeriums des Kultus und Unterricht erschienen. Es enthält die Lebenslisten über die öffentlichen badischen Schulen im Schuljahr 1930/31 und der Hochschulen im Wintersemester 1930/31.

Am ersten Stelle stehen die Volksschulen. Die 1563 Schulen des Landes zählten in 9986 Klassen insgesamt 285 434 Schüler, davon 143 653 männlich, 141 781 weiblich. Nach dem Bekenntnis gliedern sich die Schüler(innen) wie folgt: Römisch-katholisch 174 054, evangelisch 104 783, altkatholisch 532, israelitisch 1505, freireligiös 900, sonstige 1467, konfessionslos 1308. Interessant ist die berufliche Stellung der Eltern. Aus den Kreisen der Beamtenklasse entspringen 30 188 Kinder. Davon entfallen 1496 auf die höheren, 9362 auf die mittleren und 19 340 auf die unteren Beamten. Aus den freien Berufen kommen 3730 Kinder. Die Landwirtschaft stellt 65 919, Handel und Gewerbe 53 374, die Anstellungsverhältnisse 21 695 Schüler. Das Gros der Volksschüler(men) mit 102 058 Köpfen wehrt dem Arbeiterstande an.

Allgemeine Fortbildungsschulen haben wir 781 für Knaben, 630 für Mädchen, mit einer Klassenzahl von 1449 bzw. 1865. Sie werden von 22 459 Knaben und 31 071 Mädchen besucht. Nach dem Bekenntnis sind 15 654 Knaben römisch-katholisch, 6665 evangelisch, 19 524 Mädchen römisch-katholisch, 11 068 evangelisch. Auch für die gewerblichen Fortbildungsschulen stellen Landwirtschaft, Handel und Gewerbe sowie die Arbeiterklasse das Hauptkontingent, ebenso für die gewerblichen Fortbildungsschulen, deren das Land 149 zählt mit 370 Klassen und 5524 Schülern, davon 5293 männlich.

Gewerbeschulen. Das Land umfaßt 77 Gewerbeschulen mit einer Klassenzahl von 1430 und einer Schülerzahl von insgesamt 27 743 Köpfen, davon 25 579 männlich, 2164 weiblich. 15 153 sind römisch-katholisch, 11 967 evangelisch. Die Gewerbeschulen werden von 2436 Schülern aus den unteren Beamtenkreisen besucht, ferner von 3595 Schülern aus den Kreisen der Kleinbäuerlichen Bevölkerung und von 5494, deren Eltern als Handels- und Gewerbetreibende tätig sind. Die Arbeiter stellen 10 841 Kinder in die Gewerbeschule. Von den 77 Anstalten tragen 3 die Bezeichnung Höhere Gewerbeschule, zwei treten als Gewerbliche Fachschulen auf.

Die Handelsschulen, 53 an der Zahl, umfassen 651 Klassen und werden im ganzen von 13 307 Schülern besucht, davon 5295 männlich und 6012 weiblich. Römisch-katholisch sind 6670 Schüler, evangelisch 6051. Die berufliche Gliederung der Eltern ergibt folgendes Bild: 2725 Beamte, 226 freie Berufe, 583 Landwirte, 3370 Handels- und Gewerbetreibende, 2172 Anstellte, 3649 Arbeiter.

Vom kleinen Grenzverkehr

Der Aktionsauschuß der Lebensmittelinindustrie, des Lebensmittelgewerbes und -handels im Sekretariat verfaßt eine ausführliche Denkschrift, in der auf Grund umfassender Untersuchungen die Forderung der Grenzverträge gefordert wird. In der Denkschrift wird festgestellt, daß rund 40 000 Familien an der Grenze zwischen Preußen und Konstanz Anspruch auf sogenannte Hausstandsarten haben, durch die es ihnen möglich ist, Zucker, Kaffee, Tee, Leinwand, Brot usw. in erheblichen Mengen über die Grenze zu importieren. Von den 40 000 Familien haben bis jetzt 27 000, das sind mehr als zwei Drittel Hausstandsarten für Brot und Weizen angefordert und erhalten. In einigen Gemeinden haben sämtliche Familien oder nahezu alle, in Konstanz und Vöhring nahezu drei Viertel der Bevölkerung Hausstandsarten. Auf diese Weise wurden täglich 150 000 Kilogramm Weizen oder jährlich rund eine halbe Million Doppelzentner über die Grenze eingeführt, dadurch erleiden nicht nur die deutsche Landwirtschaft, die Mühlen, die Bäcker und der Handel einen schweren Verlust, die Reichskasse verliert etwa 18 Millionen Mark an Zollentnahmen, 1/2 Million Mark an Umsatzsteuer, nicht geradem die weiteren Verluste an direkten Steuern. Die tatsächlichen Verluste werden aber noch viel größer, da die Zollfreie Einfuhr von Zucker, Kaffee, Tee, Schokolade usw. nicht in diesen Zahlen enthalten ist. Die Denkschrift kommt zum Schluß, daß nur eine mündliche Revision der Verträge über den kleinen Grenzverkehr eine Abänderung der unbilligen Verhältnisse bringen kann.

Volkswirtschaft

Jahreshaushaltsvermittlung der Landeszentrale des Bad. Einzelhandels. Am 24., 25. und 26. April fand in Forstheim bei quietem Besuch die 12. Jahreshaushaltsvermittlung der Landeszentrale des Bad. Einzelhandels statt, nachdem eine Präsidialkonferenz vorausgegangen war, in der u. a. ein gezieltes Zugabebestrebend verlangt wurde. In der Jahreshaushaltsvermittlung wurden die bekannten Einzelhandelskennzahlen, die sich aus den verschiedenen Forderungen des Kaufmannsverbandes, unter Vorsitz der Landeszentrale, abgeleitet wurden, in der Landeszentrale diskutiert. Das Geschäftsjahr 1930 bedürft nach jeder Richtung hin zu den besten Jahren, die der Einzelhandel je durchgemacht hatte, und dementsprechend seien auch die Aufgaben der Organisation gewachsen. Der Verband habe keine Forderungen in einer Entscheidung zusammengefaßt, die einmütig angenommen wurde. Es heißt darin u. a.: Die Jahreshaushaltsvermittlung des Bad. Einzelhandels richtet sich nach der unternommenen Lage ihres Standes an der Reichs- und Länderregierungen, Parlamente und Gemeindevertretungen die dringende Bitte, endlich einmal von den öffentlichen Erörtern über die Möglichkeit einer Vereinfachung der öffentlichen Beziehungen zur praktischen Tat überzugehen. Der Einzelhandel verlangt bei allem durchgeführten Ermäßigungen der Steuern, als eine wesentliche Durchdringung der Finanzreform, Erhaltung sozialer und kultureller Aufgaben usw. Der Einzelhandel fordert weiter, daß auch die Beziehungen durch Zölle und Gebühren der öffentlichen Verwaltungen gelockert werden, damit ein Ausdehnen der allgemeinen Wirtschaftlichkeit möglich ist. Er fordert weiter die Einschränkung des Steuerbetrags und die Vereinfachung des Steuerrechts gegen unzulässigen Wettbewerb. Bei den öffentlichen Verwaltungen fordert der Einzelhandel verständnisvolle Berücksichtigung der Eigenart seines Berufes und seiner gegenwärtigen schwierigen Lage. Weiter richtet sich die Entscheidung gegen die Doppelbesteuerung und schließt mit den Worten: Möge dieser Antrag in ausführlicher nicht ungedruckt verbleiben. Der Geschäftsjahr fand vor dem großen Zuhörer Publikum, ebenso der Jahresbericht, nach einem angenehmen Austausch der Jahreshaushaltsvermittlung nur noch ein zwei Jahre stattfinden. — Bei den Wahlen wurde der bisherige Vorstand des Bad. Einzelhandels wiedergewählt. Die nächste Generalversammlung findet in Konstanz statt.

Beim Staatsgerichtshof abgeblitzt

Die Klage der Nationalsozialisten gegen Baden abgewiesen

In Verbindung mit verschiedenen anderen Streitigkeiten behandelte der Staatsgerichtshof für das deutsche Reich in Leipzig in den letzten Tagen verschiedene Klagen der Nationalsozialisten. Darunter auch die Klage der Landtagsfraktion der Nationalsozialistischen Partei Baden gegen Baden. Es handelte sich um die Klage der nationalsozialistischen Landtagsfraktion wegen angeblicher Verfassungsverletzung einer in der Karlsruher Zeitung vom 5. Juli 1930 veröffentlichten Erklärung des badischen Ministeriums des Kultus und Unterricht, nach der einige Lehrer „wegen verbotener Betätigung für die staatsfeindliche NSDAP.“ aus dem Dienst entlassen wurden. Der Staatsgerichtshof hat nun am Montag entschieden, daß den nationalsozialistischen Klägern die Sachbefugnis zur Erhebung der Klage nicht zuzuerkennen sei und demgemäß die Klagen zurückgewiesen werden.

In dem in den beigegebenen Mitteilungen der Karlsruher Zeitung (amtlicher Teil) hieß es:

Dienstenthebungen im Schuldienst. Vom Unterrichtsministerium wird uns geschrieben: Dem Minister des Kultus und Unterricht ist sich genötigt, gegen einige Lehrer, die sich als Organisationsleiter der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei betätigen, die sofortige Dienstenthebung auszuordnen und gegen diese Disziplinarverfahren auf Dienstentlassung einzuleiten.

Es kann nicht gebühret werden, daß Staatsbeamte die für ihr amtliches Verhalten gezogenen Grenzen ärztlich verletzen. Die NSDAP ist eine staatsfeindliche Partei. Nach der Rechtsprechung verstößt die politische Betätigung für diese Partei gegen die Treupflicht, die der Beamte dem Staat gegenüber eingegangen hat. Eine öffentliche Werbetätigkeit und die Annahme von Parteiamtern in der genannten Partei ist daher allen Staatsbeamten verboten. Wer diese verbotenen praktischen Tätigkeiten für eine staatsfeindliche Partei ausübt, hat die unmaßstäbliche Dienstenthebung zu gewärtigen.

Hiergegen hatte die nationalsozialistische Landtagsfraktion Badens Klage gegen das Land Baden erhoben, indem sie behauptete, daß diese Erklärung der Karlsruher Zeitung mit den Artikeln 118 und 130 der Reichsverfassung nicht übereinstimmt. Das Urteil des Staatsgerichtshofs wies jedoch gestern die Klage mangels Sachbefugnis

der klagenden Fraktion zurück. Es sei nicht in die Gesetzgebungsbefugnis des Landtags eingegriffen worden und es sei auch nicht ein die Wahl oder ein die Volkserhebung betreffendes Recht der Partei verletzt worden.

Der Begründung im Einzelnen schied der Vorsitzende, Reichsgerichtspräsident Dr. Bumke, einige grundsätzliche Bemerkungen voraus: Die Zuständigkeit des Staatsgerichtshofs für das Deutsche Reich für Verfassungsverletzungen innerhalb eines Landes sei im Artikel 19 der Reichsverfassung von zwei Voraussetzungen abhängig:

Erstens dürften innerhalb eines Landes keine Gerichte zur Erhebung solcher Verfassungsverletzungen bestehen, und es dürfe ferner kein anderer Gerichtshof des Reiches für eben diesen Streit zuständig sein. In demselben anderen Vorschriften darüber, was unter einer Verfassungsverletzung innerhalb eines Landes zu verstehen sei, und über die Zuständigkeit des Staatsgerichtshofs finden sich weiter in der Reichsverfassung, noch in dem Gesetz über den Staatsgerichtshof, damit ist der Staatsgerichtshof selbst vor die Aufgabe gestellt, diese nähere Abgrenzung zu finden, und in dem nunmehr fast zehn Jahren, die seit dem Beginn der Tätigkeit des Reichsgerichtshofs verlossen sind, hätten sich einigermassen feste Regeln ausgeprägt.

Zunächst habe sich die Notwendigkeit gezeigt, schon um einer Ueberflutung des Staatsgerichtshofs mit Verfassungsfragen vorzubeugen, keine Popularklagen auszulassen, d. h. nicht jedermann die Befugnis sei vielmehr nur ganz bestimmten Stellen zugesprochen worden, insbesondere solchen, die an der Bildung des Staatswillens beteiligt sind. Als solche Stellen seien vornehmlich anerkannt die Landtage und die Fraktionen der Landtage, weiter aber auch die politischen Parteien.

Das zweite Erfordernis sei die Aktiolegitimation. Nicht jede Stelle, die an sich parteifähig ist, könne jeden Streit vor den Staatsgerichtshof bringen. Es müsse eine Legitimation in der bestimmten Sache vorliegen. Diese Sachbefugnis sei den Fraktionen für die Fälle zugesprochen worden, in denen eine Kürzung der Rechte des Landtages oder von Winderheiten des Landtages behauptet wird, weiter den Parteien, soweit sie als Träger bestimmter Funktionen und Rechte bei der Vorbereitung von Wahlen auftraten.

Bei den vorliegenden drei Sachen sei die Sachbefugnis der Antragsteller in jedem Falle zu verneinen. Es habe sich nicht um die Minderung von Rechten des Landtages oder von Landtagsminderheiten, auch nicht um Verträge bei Wahlen gehandelt, daher hätten die Anträge zurückgewiesen werden müssen.

Revierrätekonferenz der Eisenbahner

Letzten Sonntag fand im „Grünwald“ in Karlsruhe eine Revierrätekonferenz der Ortsgruppen Karlsruhe, Rastatt, Durlach, Forstheim, Bruchsal und Graben des Einheitsverbandes der Eisenbahner statt, die sehr gut besucht war. Die Präzisionsliste wies 130 Teilnehmer auf.

Beiratsleiter Schneider referierte zunächst über den durch die Schiedsprüfung

abgeänderten Lohnvertrag.

Der Rechner schiederte einleitend, wie schon in der Vergangenheit, die Revierrätekonferenzen, als sie tatsächlich eintraten, und von den Eisenbahner fernhalten. Trotz aller Widerstände ist es dem Vorstand gelungen, die geplanten Lohnabnahmen hintanzubringen. Die Hauptverwaltung hat versucht, für alle Gruppen grundlegende Verschlechterungen in den Löhnen zu bringen. Bei den Bahnmehrfachern wollte sie um Hauptlohn ausbilden, denn sie wollte sogar die Schnaupaulen als Dienstleistungen angerechnet werden. In längeren Ausführungen führte Kolll. Schneider dann alle die Punkte auf, bei denen von untern Vertretern drohende Verschlechterungen abgelehrt wurden, wobei er betonte, daß der Lohnvertrag durch die Schiedsprüfung nicht einfacher, sondern komplizierter geworden ist. Beigefügt ist laut und deutlich muß aber hervorgehoben werden, daß ohne den Einheitsverband die Hauptverwaltung alle ihre geplanten Verschlechterungen ohne weiteres durchgedrückt hätte. Besonders die Bahnunterhaltungswirtschaft werden von der Hauptverwaltung so behandelt, daß sie alle Ursachen haben, sich mehr als bisher um ihre Verhältnisse und um die Organisation zu kümmern. Die Einführung von dreierlei Schichtläufen erfordert für die Betriebsräte die allergrößte Wachsamkeit, um von den in Frage kommenden Kollegen schwere Nachfragen fernzuhalten.

Die Kollegen sollten den Betriebsräten keine Schwierigkeiten machen, wenn sie lieberstunden durch Freizeit abgeben können; denn jede durch Geld bezahlte Überleistung belastet den Tagelohnausbau und verurteilt letzten Endes Entlassungen und niemand ist davon gefeit, selbst unter die Entlassenen zu fallen. Zur Lohnfrage betonte Kolll. Schneider,

daß die Gewerkschaften mit aller Entschiedenheit sich gegen jeden Lohnabbau wenden haben.

Man konnte schon lang damit rechnen, daß nachdem in der Industrie mit dem Lohnabbau begonnen war, auch die Reichsbahn mit der Lohnföhrung aufwarten wird. Die Hauptverwaltung wollte glatt 90 Millionen Mark einsparen. Unter Kollegen Schöffel betonte der Verwaltung gegenüber, daß wir für die Kohlage der Reichsbahn volles Verständnis haben, aber solange bei der Reichsbahn 22 Millionen Mark allein für

Leistungszulagen

gezahlt werden, 1,5 Millionen für leitende Beamte mehr ausgegeben werden, als den vergleichbaren Reichsbeamten, 4,5 Millionen für Sporterezei, 2,5 Millionen für Vansersätze ausgegeben werden, also zusammen 30,5 Millionen Mark statt um fünfzig hinausgeschmiffen werden, kann von einer besonderen Kohlage keine Rede sein. Hervorgehoben muß werden, daß bei Verhandlungen mit der Generaldirektion Karlsruhe der Vertreter der G.D.E., also der christlichen Eisenbahner betont hat, daß er gegen die Leistungszulagen nichts einzuwenden habe und nicht gegen sie stehen wolle, was unter Beiratsleiter Schneider, wie ja auch die christlichen Unterhändler bei den Pariser Verhandlungen für die Leistungszulagen eingetreten sind.

Auch die AGD, hat nirgends etwas unternommen, den Lohnabbau zu verhindern, sie hat dies alles dem Einheitsverband überlassen. Von den 90 Millionen, die nach der Hauptverwaltung eingepart werden sollten, konnten 45 Millionen Mark durch die angetretene Tätigkeit unsererseits gerettet werden.

Wenn die Hauptverwaltung mit ihren Entlassungsplänen durchgedrungen wäre, wären die Werksstätten, Ofenbau und Durlach erlebte gewesen und wie es in Karlsruhe und Schwesingen geschehen wäre, weiß man nicht. Nach der neuesten Verfügung der Hauptverwaltung der Reichsbahn sollen aus den Werksstätten soviel Leute an die Bahnmehrfachereien abgegeben werden, daß in den Werksstätten nur noch drei Bezierhigten im Monat zu leisten sind. Kolll. Schneider betonte, daß die Kollegen, die mit der Verlegung betroffen werden, sich nicht weigern sollen, denn bei Besserung der Wirtschaftslage sobald in den Werksstätten wieder Bedarf nach Arbeitskräften ist, werden sie wieder zurückgerufen. Auch die Eisenbahner müssen Verständnis dafür aufbringen, daß wir in einer schweren Wirtschaftskrise stehen und daß in Zeiten der Krise das Unternehmertum immer am mächtigsten

war. Aber auch in Zeiten der Krise muß die Organisation intakt gehalten werden, um bei einsetzender Konjunktur langsamfertig zu sein und herausgerat zu können, was wieder herauszubolen ist. Das stieführende Referat des Kollegen Schneider wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Hierauf hielt Beiratsleiter Stöhrer einen instruktiven Vortrag über die

Bevorstehende Betriebsrätewahl

die dieses Jahr unter keinem besonders günstigen Stern steht, denn aus allem, was den Eisenbahner bisher zugemutet wurde, kommt hinzu, daß erneut der Tagewerkschaft um 10 Prozent gekürzt wurde. Wie schwer die Arbeiterklasse durch die Feiertagshöhen und den Lohnabbau geschädigt wurde, erhellt die Tatsache, daß drei Arbeiter der Lohngruppen I, III und VI im ersten Halbjahr 1931 zusammen einen Lohnausfall von 770 M. haben. Der Betriebsrat hat nach wie vor die heilige Pflicht, vor allen Dingen über die entscheidende Einhaltung der Tarifvertragsbestimmungen zu wachen. Aus diesen reichen Erfahrungen schiederte dann Kolll. Stöhrer die Verhältnisse bei den zahlreichen Schiedsprüfungen und Parteien bei der Reichsbahn. Interessant war, daß Kolll. Stöhrer darauf hinweisen konnte, daß die G.D.E.-Aktivatoren den Betriebsrat für alle Verschlechterungen bei der Reichsbahn verantwortlich machen, ja sogar für die Einführung der Bürgersteuer, was allgemeine Beifall auslöste.

Wie schwierig die Zustände bei der Reichsbahn sind, erhellt man daraus, daß in Baden 105 betriebsfertige Lokomotiven fast gestohlen sind und 45 reparaturbedürftige Loks und 60 000 Güterwagen. Von den wirtschaftlichen Sorgen und Nöten des Reiches wird den Eisenbahner wahrlich nichts geschenkt, aber bei Aufwertung der Frage, ob die Betriebsräte ihre Pflicht reiflos erfüllt haben, kann man nur bei einem unabweidenden bestimmten Ja antworten. In arbeitsrechtlicher, tarifrechtlicher und sozialrechtlicher Beziehung waren die Vertreter des Einheitsverbandes die Pioniere.

Wenn hier bei der Betriebsratswahl für genügende Aufklärung gefordert wird, kann der Wahl mit der besten Zuversicht entgegengegehen werden. Die Kollegen müssen darauf hingewiesen werden, daß auch die Betriebsratswahlen eine Etappe sind zu unserem hohen Ziele der Betriebsdemokratie, der Menschenökonomie und des Sozialismus. — Auch diese Ausführungen wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

In der anschließenden Diskussion, die getragen war von den Kollegen Messner, Morlod, Holzer, Faller, Eilbach, Siebert, Sausch und Lindner, wurden die Ausführungen der beiden Referenten lebhaft unterstützt und betont, daß die G.D.E.-Aktivatoren durchweg die Tatsachen auf den Kopf stellen. Auch wurde hervorgehoben, daß die AGD-Leute, dort, wo sie im Betriebsrat vertreten waren, rein gar nichts geleistet haben. So groß sie sonst im Maulaufreißen, gegenüber dem Arbeitgeber oder ihrem Vertreter der Arbeiterklasse ist und bleibt. Die freie Gewerkschaft und es liegt gerade in der jetzigen Zeit an der Arbeiterklasse feindliche Zerspaltung zu vermeiden, hintanzubringen, denn nur Einigkeit kann zum Ziele führen. Es wurde besonders darauf hingewiesen, daß im neuesten Rundschreiben der G.D.E. betont wird, daß es mit den Nazis nicht verstanden werden darf und daß nach der Wahl bei der Konstituierung der Betriebsräte die Christen und die Nazis zusammenschließen, ja erst, soll vor ein Nazi auf die christliche Vorkaufsliste aufgenommen werden. Die scharfen Gegensätze zwischen AGD und Einheitsverband müßten von den Christen flug ausgenutzt werden.

Koll. Schneider betonte in seinem Schlußwort noch, daß die G.D.E. prinzipiell Gegner der Betriebsräte ist, und daß die AGD, von ihrer Zentrale Anweisung hat, die Verwaltung der Reichsbahn zu schonen und nur gegen den Einheitsverband zu kämpfen. Also wir können sagen, Feinde ringsum, aber wie bei allen bisher stattgefundenen Betriebsratswahlen wird auch bei der Reichsbahn die vereinigte Gewerkschaft auf Granti stehen und die freie Gewerkschaft feierlich aus der Urne hervorragen.

Gelbe Raucherzähne

Nach langem Suchen endlich das Richtige für meine Zähne. Nach dreimaligem Gebrauch Brandenwelle Zähne, trotzdem dieselben durch vieles Rauchen braun und ungesund waren. Ich werde nichts anderes mehr gebrauchen, als Chlorodont. B., Dorf Berg. — Man verlange nur die echte Chlorodont-Zahnpasta, Tube 54 Pf. und 90 Pf., und werfe jeden Ersatz dafür zurück.

Kleine bad. Chronik

Schweres Autounfall

D3. Ettlingen, 27. April. Am Samstag gegen 3 Uhr ereignete sich auf der Landstraße Ettlingen-Kastatt im Malcher Wald ein schwerer Autounfall dadurch, daß ein Karlsruher Auto ein Wieslocher Auto überholte und dabei den Wieslocher Wagen streifte, so daß dieser ins Schlingern kam. Er fuhr gegen einen Baum und wurde vollständig zertrümmert. Die Insassen waren das Ehepaar Dr. Fuhs aus Heidelberg und Dr. Fütterlin-Wiesloch, der den Wagen lenkte. Alle drei erlitten erhebliche Verletzungen an Beinen und Armen, nur Dr. Fütterlin erlitt hauptsächlich Gefäßverletzungen. Der Karlsruher Wagen blieb unbeschädigt.

Diebstahl im D-Jug

Baden-Baden, 27. April. Am 21. April wurden einem Reisenden im D-Jug, der Baden-Baden 9.29 Uhr vormittags in Richtung Karlsruhe verläßt, zwischen Baden-Baden und Kastatt 7000 Mark gestohlen. Taschendiebstahl ist nicht ausgeschlossen. Auf die Verhaftung der Summe ist eine Belohnung von 10 Prozent ausgesetzt worden.

Vom Zug erfaßt

Huenheim, 27. April. Als der Landwirt Michel Rietsch am Samstag um die Mittagsstunde vom Felde heimfuhr und mit seinem Radschlepper gerade den Bahnübergang am Bahnhof überqueren wollte, kam von Honau her ein Rieszug der Lokalbahn. Der Hinterwagen des Radschleppers wurde von der Lokomotive erfaßt und mitgerissen. Zum Glück brach die Deichsel sofort ab und rissen die Stränge. Der Wagen wurde völlig demoliert. Rietsch wurde herabgeschleudert, kam aber glücklicherweise mit geringfügigen Verletzungen davon. Das Radschleppergespann ergriff die Flucht, konnte aber bald eingefangen werden.

Ein Kind verbrannt

Eichkettlen a. A., 27. April. Das siebenjährige Töchterchen des Landwirts Wilhelm Woll starb eines schrecklichen Todes. Das Kind hatte sich in der Schmelze einen Reifen machen lassen, den es sich um den Hals hing. Der Reifen war jedoch noch so heiß, daß die Kleider der Kleinen Feuer fingen. Mit schweren Brandwunden wurde das Kind nach Freiburg in die Klinik überführt, wo es inzwischen verstorben ist.

Folgen einer nächtlichen Spazierfahrt

D3. Dettmaringen (Amt Bruchsal), 27. April. Die 27 bzw. 24 Jahre alten Alfred Längle und Eugen Hammer von hier unternahm eine nächtliche Motorradfahrt. Zwischen Stettfeld und Langenbrüden stürzten beide und erlitten schwere Verletzungen. Der zufällig mit dem Fahrrad passierende Bruder fand beide bewußlos und eines des Weges fahrendes Auto beförderte die Verunfallten nach Hause. Der Fahrer selbst mußte sofort in die Heidelberger Klinik verbracht werden.

Der Bruder- und Selbstmord

D3. Altrip, 27. April. Zu dem Bruder- und Selbstmord, der sich hier gestern ereignete, erfahren wir noch: Schon seit längerer Zeit lebten die beiden Brüder miteinander in Streit. Ein nichtiger Wortwechsel gab dann den Anlaß zu der Mordtat. Friedrich Hört, der Täter, hatte sich vor seinen Schüssen auf den Bruder Courage angetrunken. Er stürzte auf das Auto, das sein Bruder mit einer Anzahl Fußballern nach auswärts bringen wollte, zu und rief: „Heraus, ich schieße!“ Sofort sprang der junge Mann, der neben dem Getöteten saß, ab, worauf Friedrich Hört die verhängnisvollen sieben Schüsse abgab und sich dann mit einem achten Schuß selbst tötete. — Man fand bei dem Täter noch eine größere Menge Munition und eine zweite Pistole. Er soll sich bereits kürzlich geäußert haben, „in der Obergasse werde noch etwas passieren“. Die Polizei von Altrip und die Gendarmerie von Rheingönheim war bald zur Stelle und befahte sich mit den erforderlichen Ermittlungen. Die beiden Toten wurden in die Leichenhalle gebracht.

Worsheim. Zur Auffindung der Leichen der Frau eines Geschäftsinhabers und ihres Kindes wird gemeldet, daß es sich um eine Verwechslungstat der Frau handelt, die sie während der vorübergehenden Abwesenheit des Mannes verübt hat. Ein weiterer Fall von Selbstmord ereignete sich heute mittags in der Reichstraße, wo sich der Schuhwarenfabrikant G. Gaus mit Gasankali das Leben genommen hat. Man vermutet, daß ihn wirtschaftliche Sorgen in den Tod getrieben haben.

Schmehingen. Der 26 Jahre alte Telegraphenarbeiter Alois Munkel aus Ostersheim fuhr auf der Straße nach Reisk mit dem Motorrad gegen einen Fußgänger. Er stürzte und erlitt eine schwere Gehirnerschütterung, während der Passant und ein auf dem Sozius mitfahrendes Mädchen nur unbedeutende Verletzungen davontrugen. Der Schwerverletzte mußte noch in der gleichen Nacht ins Heidelberger Krankenhaus verbracht werden.

Eugen. Der 18 Jahre alte Wilhelm Lehle von hier fuhr auf einer für Radfahrer verbotenen Straße und stieß dabei mit einem Singener Auto zusammen. Er floh durch die Windfahlscheide in das Innere des Wagens und mußte schwer verletzt ins Krankenhaus verbracht werden. Gleich ihm wurde auch eine Insassin des Wagens mit Verletzungen eingeliefert, während der Lenker des Wagens, ein Kaufmann aus Sinnen, ohne Verletzungen davonkam.

Tiengen. Der 10jährige Sohn des Gemeinderats Franer, Hans, wollte beim Spielen am oberen Gutackweg einen ins Wasser gefallenen Ball wieder holen. Dabei wurde der Knabe von den zur Zeit hochgehenden Fluten mitgerissen und ertrank. Die Leiche konnte noch nicht geborgen werden.

Die Einreise nach Frankreich. Nach Wahrnehmungen, die an der badisch-französischen Grenze gemacht worden sind, wird vielfach angenommen, daß zur Einreise nach Frankreich nun Führerchein, Legitimationskarten und dergleichen Ausweise genügen. Das trifft nicht zu. Die Einreise wird vielmehr nur gegen Vorweisung eines mit einem französischen Visum versehenen Reisepasses eines im September vorigen Jahres in Kraft getretene deutsch-französische Abkommen über den kleinen Grenzverkehr steht allerdings eine Erleichterung, nämlich den Verkehr mit besonderen Grenzarten vor. Diese Vergünstigung gilt jedoch nur für die Bewohner bestimmter Grenzbezirke und nur für den Verkehr innerhalb dieser Bezirke.

Zur Obstbaumzucht. Die Bauernstelle für Pflanzen- und Obstbau am Bad. Weinbauinstitut gibt folgendes bekannt: Die Vorkultivierung der Apfelbäume ist überall dort durchzuführen, wo mit Schäden durch Frostspanner- oder Knospenswicklerläusen zu rechnen ist. Auch gegen die Schorfrankheit des Apfels ist die Vorkultivierung eine wirksame Vorbeugung. Man spritzt in der Zeit des Knospenaufbruchs; während der Blüte soll nicht gespritzt werden. Ritzchen, Mirabellen und Zwetschgen sind sofort nach dem Abfallen der Blütenblätter zu spritzen, um sie gegen Frostspannerläusen, Schorfrankheit und Pfäuternägelwespel zu schützen. Zur Spritzung verwendet man Brühen, die gleichzeitig gegen Pilze und Insekten wirksam sind. Näheres Auskunft erteilt die Bauernstelle für Pflanzenzucht am Badischen Weinbauinstitut in Freiburg i. Br.

Partei-Nachrichten

Silberne Hochzeit

Sagsfeld. Unter Parteigenossen Karl Wurm und Frau begehen am heutigen Tage das Fest ihrer silbernen Hochzeit bei bester Gesundheit. Gen. Karl Wurm betätigt sich schon seit Jahrzehnten in der SPD. sowie in den Arbeitervereinen und ist seit 25 Jahren Abonnent des Volksfreunds. Wir wollen nicht veräumen im Namen der Partei und des Volksfreunds unsere besten Glückwünsche darsubringen. Glückauf zur Goldenen!

Aus der Stadt Durlach

Auf in die Eckert-Verlammlung

Kommt heute abend in die Festhalle, Stadtpfarrer Eckert aus Mannheim spricht. Freie Aussprache.
Karten zu 30 Pfennig, für Erwerbslose zu 10 Pfennig sind am Saal Eingang und bei den Funktionären zu haben. — Keine Reklamation.

Erscheint in Massen!

Maisfeier

Die werktätige Bevölkerung begeht auch dieses Jahr wie immer ihre Maisfeier. Wir rufen die Werttätigen von Durlach auf, sich reiflos an der am 1. Mai, morgens halb 10 Uhr, im Schloßgarten stattfindenden **Maiverlammlung** mit anschließender **Demonstration** zu beteiligen. **Festredner** ist der Bezirksleiter vom UDB, Kollege **Reimer** von Stuttgart. Arbeiter, Angestellte und Beamte beteiligt auch zahlreich mit Frauen und Kindern an der Demonstration.

J. A. Gewerkschaftskommission

Sozialdemokratische Partei

Sportkartell.

Kinder erhalten bei der Demonstration Zähnlein und am Schluß Brezeln.

Kinderfreunde. Rote Falken: Mittwoch, 29. April 1/6 Uhr Volkshausabend.

Jung-Falken: Mittwoch, 29. April, 3 Uhr Arbeitsgemeinschaft.

Reif-Falken: Samstag, 2. Mai, 3 Uhr Zusammenkunft.

Achtung! Freitag, 1. Mai: Alles ist morgens 7 Uhr am Schloßgarten. Wer noch blaue Blumen braucht, kann sich am Mittwoch mittags ab 2 Uhr im Rest Stoff holen. **Blauer Stoff Meter 1,10 M, Wappen 0,25 M, Niederbügel 0,15 M.** Sonntag: Rot- und Jungfalken Treffwanderung an die Barbarakapelle.

SWJ. Mittwoch: Jüngere Gruppe: „Etwas über die Staatslehre.“ Donnerstag: Gemeinsame Gymnastik. Sonntag: Näheres Donnerstag.

Wasserstand des Rheins

Basel 78, aelt. 2; Waldsbut 286, aelt. 10; Schusterinsel 163, aelt. 3; Rehl 301, aelt. 3; Maxau 477, aelt. 12; Mannheim 371, aelt. 12 Sim.

TOD
alles Ungelesener durch
Anton Springer
Ettlinger Str. 81 Tel.
2340

Möbel
Guter, gebrachte
aller Art laut jederzeit
D. Gutmann
Rudolfsstr. 12, Tel. 6608
Licht, erfahren Becker
und Fertigmacher gel.
Wohlfühler, Licht
Stellung in Möbel-
geschäften oder sonst
abgegeben bei **D. Wolf**,
Schillerstr. 33. W 991 an das Volksfreundbüro

Gaggenauer Anzeigen

Die Zwangsversteigerung gegen
Josef Eißler, Werkschreiber in
Gaggenau.

Am Verfahren der Zwangsversteigerung soll
das auf den Namen des Josef Eißler, Werkschreiber in Gaggenau (heut in Gaggenau wohnhaft) eingetragene, unten beschriebene
Grundstück durch das unterzeichnete Notariat
versteigert werden, am
Mittwoch, den 24. Juni 1931,
vormittags 10 Uhr,
im Rathaus zu Gaggenau.

Der Versteigerungsbericht ist am 8. April
1931 in das Grundbuch eingetragen worden.
In die Urteilsurkunden des Grundbuchs
und die übrigen Nachweisungen über das
Grundstück, insbesondere in die Zwangsversteigerungs-
urkunde, kann jedermann Einsicht nehmen.

Rechte, die zur Zeit der Eintragung des
Versteigerungsberichts aus dem Grundbuch
nicht zu ersehen waren, sind spätestens im
Versteigerungstermin vor der Aufforderung
zur Abgabe von Geboten anzumelden und,
wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft
zu machen. Andernfalls werden diese Rechte
bei der Feststellung des geringsten Gebots
nicht berücksichtigt und bei der Versteigerung
des Versteigerungsberichts dem Anspruche des
Gläubigers und den übrigen Rechten nach-
gesetzt werden.

Wer ein der Versteigerung entgegenstehendes
Recht hat, muß vor der Eintragung des
Zwangsversteigerungsberichts oder einstweilige
Einstellung des Verfahrens herbeiführen.
Andernfalls tritt für das Recht der Versteigerung
das Versteigerungsberichts an die Stelle des
Zwangsversteigerungsberichts.

Beschreibung des zu versteigernden Grund-
stücks:
Grundbuch von Gaggenau Band 23 Blatt 29
Gemarkung Gaggenau

Lfd. Nr. 2 3 ar 35 am Drehtre mit Ge-
bäuden und Hausgarten. Hierauf steht:
a) ein zweistöckiges Wohnhaus mit Schie-
nentaster,
b) Baracke,
c) Kleintierstall.
Schätzungswert RM. 26 000.—
Bad. Ratistat III Ratistat
als Versteigerungsgericht.

Vorstehendes bringe ich hiermit zur öffent-
lichen Kenntnis.
Gaggenau, den 27. April 1931.
Der Bürgermeister,
Schneider.

Letzte Nachrichten

Reichsregierung und Beamtengehälter

Berlin, 28. April. (Funkdienst.) Die Reichsregierung soll, wie gerüchelt wird, neben einer Kürzung der Ueberweisungen an die Länder um den Betrag von etwa 350 Millionen Reichsmark weiter die Absicht haben, die Kinderzulage für das erste Kind bei den Beamtengehältern zu streichen, die Zulagen für das zweite und weitere Kind jedoch beibehalten zu lassen, oder möglicherweise zu erhöhen. Das Ergebnis der Streichung der Zulagen für das erste Kind beziffert man auf 200 bis 220 Millionen Mark. Wie es weiter heißt, beabsichtigt die Reichsregierung, den Ländern eine Umgruppierung der Beamten in dem Sinne nahezu legen, die die Angehörigen zu hoch gestuften Beamten in die ihnen zukommenden Kategorien wieder zurückverleiht.

Dementi im Hitlerlager

Berlin, 28. April. (Funkdienst.) Die Reichsregierung soll, wie gerüchelt wird, neben einer Kürzung der Ueberweisungen an die Länder um den Betrag von etwa 350 Millionen Reichsmark weiter die Absicht haben, die Kinderzulage für das erste Kind bei den Beamtengehältern zu streichen, die Zulagen für das zweite und weitere Kind jedoch beibehalten zu lassen, oder möglicherweise zu erhöhen. Das Ergebnis der Streichung der Zulagen für das erste Kind beziffert man auf 200 bis 220 Millionen Mark. Wie es weiter heißt, beabsichtigt die Reichsregierung, den Ländern eine Umgruppierung der Beamten in dem Sinne nahezu legen, die die Angehörigen zu hoch gestuften Beamten in die ihnen zukommenden Kategorien wieder zurückverleiht.

Vorläufige Wettervorhersage

der Badischen Landeswetterwarte
Die nunmehr über der Nordsee angelandete Zirkone beherrscht noch die Witterung unseres Gebietes. Infolge der anhaltenden Luftdruckzunahme ist es inwärdigen auch merklich kühler geworden. In Aufbeirungsgebieten werden daher auch in der Ebene wieder leichte Nachfröste auftreten können.

Wetterausichten für Mittwoch, 29. April: Fortdauer der unruhigen Witterung, streichweise noch leichtere Regenschauer, auch bei weidlichen Winden. In Aufbeirungsgebieten stellenweise leichter Nachfröste.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

24 Jahre Dienstmädchen. (Heimersheim.) Elisabetha Gerhardt, alt 84 Jahre, Witwe von Johann Gerhardt, Radknecht, würt. August Schmidt, Kaufmann, Würt., alt 72 Jahre.
25. April: Maria Redtke, alt 68 Jahre, Witwe von Jakob Redtke, Landwirt, (Bauerbad.) Eugen, alt 8 Monate 26 Tage, Vater Josef Watter, Schneider. Robert Hummel, Schreiner, Würt., alt 71 Jahre, Beerdiung am 28. April, 14 Uhr. Katharina Würt., alt 87 Jahre, Witwe von Josef Würt., Ratfischer. Beerdiung in Mühlburg am 28. April, 15 Uhr. Josef Enderle, Flechner und Installateurmeister, Würt., alt 73 Jahre. Ernst Rothenschild, Bankbuchhalter, Ehemann, alt 59 Jahre. Beerdiung am 28. April, 14.30 Uhr. Karl Gerthner, Kellner, ledig, alt 44 Jahre. Beerdiung am 28. April, 13.30 Uhr. — 26. April: Rosa Mauer, alt 29 Jahre, ohne Beruf, ledig. Beerdiung am 29. April, 14.30 Uhr. Theodor Betthäuser, Elektromechaniker, ledig, alt 19 Jahre. Beerdiung am 28. April, 15 Uhr. — 27. April: Christlne Laun, alt 64 Jahre. Diakonisse. Beerdiung am 29. April, 15 Uhr.

Dis zu 4 Stellen
60 Pfg. die Zeile
Vertragsgeschäften finden unter dieser Rubrik in der Regel keine Aufnahme. — Nur werben
Kontingentspreise werden

Dereinsanzeiger

Karlsruhe.
Tag der Arbeit, Mittwoch, 29. April, abends 8 Uhr, Sitzung im Volkshaus. Erscheinen aller Kommissionsmitglieder erforderlich.
Kassallia, Dienstag abend 8 Uhr Singstunde.

Unsere Riesenauswahl ist bekannt!

Kennen Sie unsere billigen Preise?

Wolle

Tweed noppé past. 2.25
Georgette flam. 2.85
Crêpe bouclé 3.45

Kunstseide

Toile ecossais 1.35
Vistra einf. 1.65
Toile fac. 2.25
Doupion □ 3.60

Seide

Marocain einf. u. farb. 4.25
Sportseide indanthr. 4.75

LEIPHEIMER & MENDE

Aus Organisationen und Vereinen

Der Arbeiter-Sport-Klub Karlsruhe

Am 23. April seine ordentliche Generalversammlung ab, die sehr gut besucht war und von Gen. Wankmüller geleitet wurde. Die Tagesordnung der Mitglieder in der Debatte nach Zeugnis ab von dem vorsitzlichen Geist, der dem Verein kein Gebräde gibt. Das abgelaufene Geschäftsjahr stand im Zeichen bedeutender sportlicher Entwicklung, die neben Freundschaftsspielen, Privat- und Klubbturnieren, Korrespondenzpartien und Probierarbeit und Schachpartien in der Ertrung der Bezirksmeisterschaft der A-Klasse ihren äußeren Ausdruck fand. Wenn auch die Wirtschaftslage nicht günstig vorübergegangen ist, von der 30 Prozent der Mitglieder durch Erwerbslosigkeit betroffen sind, so ist der Mittelstand durch Freizeittätigkeit mit 70 Mitgliedern dank der ungetriebenen Tätigkeit und Geschlossenheit als ein sehr guter zu bezeichnen. Das Klubbturnier gestaltete sich sehr lebhaft mit den beliebtesten Ueberrundungen, ist aber noch nicht abgeschlossen. Der Wettkampf unter den drei Abteilungen brachte Karlsruhe den Punktgewinn und Daxlanden den moralischen Mannschaffsieg.

Arbeiter-Reglerbund

Als Auftakt unserer diesjährigen Werkspiele hat der Klub Karlsruhe Süd ein Freundschaftsspiel mit dem Reglerklub „Alle Reum“ ausgetragen. Nachdem das Borspiel von Alle Reum mit dem knappen Resultat von 6,7 Punkten verloren wurde, konnte der Klub Alle Reum das am 25. April abgelaufene Retourenspiel mit einem Klub von 13,7 Punkten für sich entscheiden. Das Spiel wurde mit Punktziffern von 50 Punkten in die Rollen ausgetragen. Der Verlauf des Spiels hat gezeigt, daß der Klub als beachtenswerter Gegner zu rechnen ist. Unserem neuen Bundesbruder zu seinem Siege ein kräftiges „Frei Dolz“.

Der Arbeiter-Radio-Bund Deutschlands e. V., Ortsgruppe Karlsruhe

hält zur Zeit jeden Dienstag, abends 8 Uhr, in seinem Saal in der Lohstraße 28, einen Vortragsabend für Anfänger ab. Neben der Einführung in die Elektro- und Radiotechnik wird das praktische Basteln gelehrt. Am Donnerstag, 30. April, abends 8 Uhr, im Hotelhotel Waldstraße 28 Mitgliederversammlung. Am 1. Mai fällt der Vortragsabend aus.

Wöchentliches Randesbühnen

Das Schauspiel bringt an nächsten Wiederholungen am Mittwoch, 29. April und Samstag, 2. Mai, den „Bauplan von Röntgen“ und am Freitag, 1. Mai Schillers „Wilhelm Tell“. Am Donnerstag, 30. April, bietet außer „Wagners „Zauberflöte“ am Donnerstag, 30. April, die schon angekündigte Aufführung der Operette „Victoria und ihr Duxar“ von Paul Abraham am Dienstag, 28. April, nebst der Wiederholung am Sonntag, 3. Mai. Die diesem Werk an zahlreichen andern Bühnen bereits beschieden gewesen geradezu künstlerischen Erfolge rechtfertigen die großen Erwartungen, die sich an seine diese Aufführung knüpfen umso mehr, als die in diesem Genre schon bewährten Kräfte unserer Oper und des Schauspielers aufgetreten sind, um der von Harald Josef Fürstmann und Joseph Keilberth geleiteten Vorstellung ein volles Gelingen zu sichern. Die beiden Titelpartien werden von Emma Seiberlich und Wilhelm Rentwig gegeben.

Lichtspielhäuser

Gloria-Palast

Zu dem Tonfilm „Africa spricht“! Paul L. Hoelter war ein Afrika-Forcher von Rang und Ansehen, bereits als es noch keine Zentamera gab. Jetzt bringt er uns das Resultat seiner mühseligen und gefährlichen Reise nach Afrika, dessen Dunkel sich erst durch die Zentamera zu lichten beginnt. Paul Hoelter hat von dieser Reise Aufnahmen von der Natur gemacht, die noch niemals einem Menschen gelungen sind. Sein Film, der unter dem Namen „Africa spricht“ jetzt im Gloria-Palast Karlsruhe läuft, wird auch die hiesigen Einwohner begeistern, wie er alle Theaterbesucher atemlos gefesselt hat, mit einer Realität und Lebendigkeit, die man nie für möglich gehalten hätte. Ein fürchterlich zusammenfassendes, reichhaltiges Bildprogramm deutet den dort nicht zu überblickenden Weltreichtum. (Näheres siehe Anzeiger.)

„Ihre Hoheit befehlt!“ in den Residenz-Sichtspielen

Genau wie im Märchen. Dort ist es allerdings bekanntlich ein Schweinehirt, der sich der Prinzessin angenehm zu machen versucht und „ranntommen“ will. Heutzutage wird die Sache wesentlich anders geartet. Sie treffen sich eben auf dem Faschingsgebäude, die beide haben. Man setzt sich zusammen und, na, ja, ... Karnevalsbummel werden sich ja auskennen. Das Märchen modern aufgezogen: Geschwindelt wird, daß sich die Balken diegen (später erlangt man sich gegenseitig und die Prinzessin ist im nu verheiratet in einem Schönheitspflegeinstitut, während der Prinz, viel mehr Leutnant, als Delikatessenhändler sich durchs Leben schlägt. Natürlich sollte „sie“ wieder einen heiraten, der ihr nicht wehrt. Fast wäre es schief gegangen, wenn dieser verdammt Altertumsforscher von Hühn hätte tanzen können. Aber Gott sei dank ... es ist nicht so weit gekommen. Die Hauptsache ist, daß sie sich „verheiratet“ haben. Ende gut, alles gut.

Den jungen Gästen des Lichtspieltheaters fällt ein Stein vom Herzen und die alten Herren dort hinten in der Ecke haben auch Gefallen daran gefunden, läßt sich ja denken. Es ist ja auch schön, wenn nun Schullehrer, Amtmänner, Herr, ist das Spiel der Räte von Kago als Prinzessin Christine aus England, Billig Fräulein gibt einen schneidigen Leutnant ab. Einsig und mimisch ohnegleichen „regiert“ Reinhold Schümel in seiner Rolle des Staatsministers. Sonst ist auch „alles im Butter“ und man kann wirklich sagen, einige nette Stunden, frei vom Ballast des Alltags, genossen zu haben, wenn auch die Karriere dieses Leutnants von Contrabi etwas troffe Formen annimmt.

—pl.

Die Polizei berichtet:

Erwischte Einbrecher

Durch zwei Fahnpolizeibeamte wurden in vergangener Nacht beim Westbahnhof zwei junge Leute festgenommen, welche von ihnen dabei betreten wurden, als sie in ein Verkaufsbüchlein in der Zepplinstraße einbrachen. Wie sich später noch herausstellte, hatten die beiden Burschen vorher schon an einem anderen Verkaufsbüchlein einen Einbruch verübt. Sie wurden der Kriminalpolizei übergeben.

Diebstahl

Gestern nachmittag wurde in der Kaiserstraße ein vor einem Hause stehendes Kleinfahrad von unbekanntem Täter entwendet. Einige Stunden später wurde es von der Polizei in der Kreuzstraße wieder aufgefunden und dem Eigentümer übergeben.

Herrenlose Schafherde

In vergangener Nacht wurde in den städtischen Anlagen beim Rudolfsweg eine Herde von etwa 300 Schafen weidend angetroffen. Da ein Schäfer nicht anwesend war und deshalb anscheinend war, daß die Herde aus ihrem Vieh ausgebrochen war, nahm sich die Polizei der Tiere an und sorgte für ihre Unterbringung.

Arbeiter, Arbeiterinnen, Angestellte und Beamte Heraus zum Weltfeiertag der Arbeit!

Am 1. Mai

ruhen die Hände aller Erwerbstätigen

An diesem Tag rufen wir in alle Welt unsere Forderungen an

Am 1. Mai fordern wir die 40-Stundenwoche und protestieren gegen jeden Lohnraub

und gegen jede Verschlechterung der sozialen Lage

Am 1. Mai reichen wir unsere Hände hinüber über den Rhein, über die Alpen, über alle Berge und Seen, hinüber zu unseren Brüdern der ganzen Welt und feiern die internationale Verbrüderung der Schaffenden der Welt

Der Proletariat Frankreichs, Belgiens, Italiens, Rußlands, Amerikas und der übrigen Welt schmachtet genau so unter kapitalistischem Druck wie der deutsche Proletariat

Unser Ziel ist das Ziel der Proletariat der Welt, also nicht Feinde sind unsere Brüder und Schwestern über den Grenzen.

Darum auch

nie wieder Krieg

ist unser Ruf, der Ruf der Proletariat der ganzen Welt am 1. Mai

Sammlung vormittags halb 10 Uhr vor der Festhalle. Abmarsch des Juges um 10 Uhr. Fahnen mitbringen!

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund

Ortsausführung Karlsruhe

J. A.: Schulenburg.

W.A. Kartell Karlsruhe. J. A.: Pajig.

Allgemeiner Deutscher Beamtenbund

Karlsruhe. J. A.: Pöfller.

Der Demonstrationzug bewegt sich durch folgende Straßen:

Schönenstraße, Wilhelmstraße, Werberplatz, Rüppurrer Straße, Kronenstraße, Kaiserstraße, Karl-Friedrich-Straße, Schloßplatz, Hans-Thoma-Straße, Akademiestraße, Karlstraße, Kaiserstraße, Kaiserplatz, Amalienstraße, Karlstraße, Kriegsstraße, Beiertheimer Allee, Festhallenplatz. Dortselbst wird Bezirkssekretär Genosse Jakob Weimer - Stuttgart die Rede halten.

Veranstaltungen

Johann Strauß und sein Wiener Orchester! Johann Strauß ist nicht nur ein Name von allem, quidem, weltbekanntem Klang, sondern auch ein Begriff. Untrennbar verbunden mit diesem Namen ist alles Schöne und Wesentliche, was Wien auf dem Gebiete der Unterhaltungs- und Musikwelt geschaffen hat. Strauß kommt der unbedingten Schändel gleich, die ein Wiener von Strauß — gepfeilt von diesem Orchester unter der Stabführung des letzten Sprosses der Kaiserdynastie Johann Strauß — verbreitet. Wer sich einige wirklich angenehme Stunden ungetriebenen Schwelgens im Reiche der Töne verschaffen will, der benutze die Gelegenheit des Gastspiels am Freitag, den 15. Mai 1931, im Großen Festhalla. Das Arrangement und der Kartenverkauf liegt in Händen der Musikalienhandlung und Konzertdirektion Fris Müller, Kaiser-Edel-Edelstraße, Tel. 388.

Konfervatorium von Frau Wulf, Kaiserstraße 14. Der Konzertsaal oben genannter Anstalt wird am Montag, den 4. Mai, durch ein bedeutendes Konzert eingebeut werden. Es werden bewährte Solisten in dem Konzert mitwirken: Carlhe Dörner, 1. Violonist vom Landesbühnen, Hans Frau, Pianist, Hermann Wolf, Violine, Blauß Frau Solge und der Geist Fris Hofmaler. Zur Aufführung gelangen die Violin- und Klavierkonzerte (Kreutzer) von Beethoven, W. Molli Klavier-Sonate von Chopin, Lieber von Richard Strauß. Trio für Violine, Cello und Klavier Op. 77 Nr. 1 (Giesler-Trio) von Beethoven. Dem Programm dürfte großes Interesse entgegen gebracht werden. Karten im Vorverkauf bei der Konzertdirektion Fris Müller, Kaiserstraße.

Am Freitag, den 15. Mai, wird durch die Beherren der Bad. Hochschule für Musik ein Franz Philipp-Abend veranstaltet werden, in welchem auch der bekannte Konzertführer Johannes W. Frankfurt a. M., mitwirken wird. Zum Vortrag werden Klavier, Violin- und Kammermusikwerke gelangen.

Veranstaltungen

Dienstag, den 28. April 1931: Wöchentliches Randesbühnen: Victoria und ihr Duxar. 20 Uhr. Casino-Theater: Zauberflöte. 8 Uhr. Badische Lichtspiele: Derin der Liebe. 8.30 Uhr. Kammermusik: Das Land des Vögelns. 8.30 Uhr. Badische Lichtspiele: Der weltberühmte Clown Graf. 8.30 Uhr. Residenz-Theater: Ihre Hoheit befehlt. 8.30 Uhr. Gaudens: Der Greizer.

Sport

Tabellenstand der Vorrunde

Table with columns: Verein, Spiele, gew., vert., unentsch., Tore, Punkte. It lists results for various football clubs in three groups (I, II, III) across different matches.

Gemeindepolitik

Heidelberger Stadtrat lehnt die Erhöhung der Bürgersteuer ab

In der Stadtratssitzung vom 24. April sind die Beratungen des Haushaltsplanes abgeschlossen worden. Der Stadtrat hat die vom Oberbürgermeister vorgelegte Erhöhung der Bürgersteuer um 300 Prozent abgelehnt. In der hierdurch geschaffenen Lage wird der Stadtrat in seiner nächsten Sitzung endgültig Stellung nehmen.

Mannheimer Finanzjorgen

Eine am Freitag mittag bei Oberbürgermeister Dr. Heimerich stattgefundene Besprechung über Mannheims Finanzlage hat ein äußerst trostloses Bild über die allgemeine Wirtschaftslage der Stadt bei ihren Ausgaben auf das äußerste eingeschränkt und muß trotzdem noch Wege suchen, den Haushaltsausgleich zu erreichen. Wenn Mannheims Finanzlage im Vergleich zu anderen Städten, die jetzt schon das Zwei-, Drei- und Vierfache der Bürgersteuer erheben müssen, nicht die unangenehmste ist, und es bedauerlich kann, daß ein Ausgleich des Haushalts ohne Steuer- und Tarifserhöhungen möglich geworden ist, so muß doch mit Sorge in die Zukunft gesehen werden. Mit Hilfe des Reichsparlamentarismus, der im Mai zu einer mangelfoligen Besprechung der Finanzlage in Mannheim weilt, hofft die Stadt weitere Einparungen vornehmen zu können, wenn sie sich auch davon nicht viel verspricht.

Birmansfelder Stadtrat — Die Auflösung abgelehnt

In einer Sonderberatung hatte sich der Birmansfelder Stadtrat mit den Anträgen der Nationalsozialisten und Kommunisten auf Auflösung des Stadtrats zu beschäftigen. Nach lebhafter Debatte wurden die Anträge gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt. Zuvor hatten die Nationalsozialisten erklärt, daß im Falle der Ablehnung ihres Antrags zum Volksbegehren geschritten werden würde.

Logo for 'Tageskalender der Sozialdem. Partei Karlsruhe' with decorative elements.

Maifeier 1931

Die Mitglieder unserer Parteiorganisation nehmen an der vom K.D.S.V., Ortsausführung Karlsruhe, getroffenen Morgenveranstaltung teil.

Auffstellung des Demonstrationzuges halb 10 Uhr vormittags auf dem Festhalla.

Gleichzeitig fordern wir unsere Mitglieder auf, an der von der Volkshochschule am Abend des 1. Mai in der Stadt Festhalle stattfindenden Konzertveranstaltung teilzunehmen. Dieses Konzert, in dem das Werk „Die Befreiung“ aufgeführt wird, dürfte die richtige Weibestimmung für den Weltfeiertag auslösen.

Genossinnen und Genossen! Folgt unseren Anweisungen. Teilnahme an der Demonstration ist höchste Pflichterfüllung! Heraus zur Demonstration!

Der Vorstand.

Advertisement for 'Unserem großen Neubau Vierte Bazar' with details about the event on May 1st and 2nd, 1931, including location and contact information for the church and diakonissenanstalt.

